



Gastbeitrag

Integration muss auf Fakten bauen

Integrationspolitik Auf Schuld und Strafen zu setzen, wäre falsch. Information, Bildung, Motivation und Wertschätzung sind nötig.

Fragen der Integration betreffen die ganze Gesellschaft. Darum diskutieren wir darüber. Am Familientisch, am Arbeitsplatz, in der Politik – basierend auf unterschiedlichen Überzeugungen und Erfahrungen. Diese Debatten lassen sich zwar oft nicht zu gemeinsamen Antworten zusammenführen, aber sie sind wichtig.

In diesem Sinne lud die nationale Konferenz der Integrationsdelegierten den deutschen Psychologen Ahmad Mansour ein, seine Kritik an den staatlichen Integrationspolitiken und sein Verständnis von Integration als «Bringschuld» der Zugewanderten zu erörtern. Er stiess dabei auf Interesse, aber auch auf Skepsis. Auf Interesse vorwiegend dann, wenn es um seine Arbeit in «islamisch-patriarchal» geprägten Milieus ging. Auf Skepsis und Widerspruch insbesondere dann, wenn er aus diesen Erfahrungen grundsätzliche Forderungen an die Integrationspolitik ableitete.

Unsere Anmerkungen und Nachfragen führten dazu, dass Ahmad Mansour über uns Integrationsbeauftragte «absolut schockiert» ist, wie er dieser Zeitung sagte. Als Leiter der Integrationsförderung der Stadt Zürich will ich hier darauf antworten.

Wie jede andere Politik darf auch Integrationspolitik nicht aus einem einzelnen Blickwinkel heraus betrachtet und konzipiert werden. Sonst kann das zu Vereinfachungen und Reduktionen führen, die das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Denn ganz unabhängig von der Frage, welche Bedeutung das für Ahmad Mansour im Vordergrund stehende spezifische Milieu in der Schweiz tatsächlich hat: Der Islam hat weder das Patriarchat

erfunden noch ein Monopol auf die damit verbundenen Probleme. Als Integrationsbeauftragte wissen wir aus langjähriger Erfahrungen, dass die Erklärung gesellschaftlicher Probleme durch Verweise auf kulturelle oder religiöse Zugehörigkeiten zu Ausgrenzungen führt und kaum zu Verbesserungen beiträgt. Bei Präventions- und Beratungsarbeit zu familiärer Gewalt,

In einem liberalen Staat muss es erlaubt sein, auch unliberale Werte zu denken.

Zwangsheiraten oder Genitalverstümmelungen kann es zwar sinnvoll und nötig sein, das religiös-kulturelle Umfeld zu berücksichtigen. Aber es ist wie nicht zuletzt der Film «Female Pleasure» eindrücklich aufzeigt, weder sachgerecht noch hilfreich, diese Themen auf den Islam zu beschränken.

Ein anderes Beispiel: Es ist eine Tatsache, dass die grosse Mehrheit der hier lebenden Musliminnen und Muslime kein Problem mit «dem Handschlag» hat. Sie denkt nicht einmal darüber nach – es sei denn, sie muss sich aufgrund eines bekannt gewordenen Einzelfalls einmal mehr für etwas rechtfertigen, das mit ihrem Leben und ihrem Glauben kaum etwas zu tun hat. Bei der Zusammenarbeit mit islamischen Gemeinschaften ist das bewusst zur Kenntnis zu nehmen.

In einem liberalen Rechtsstaat ist es möglich, auch unliberale Werte zu denken und im Rahmen der geltenden Gesetze zu vertreten. Das kann zwar unerfreulich sein und auch anstrengend, ist aber in einer Demokratie für

die Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung zentral. Es bleibt unverständlich, warum Ahmad Mansour allein auf die Bringschuld von Migrantinnen und Migranten fokussiert.

Er fordert von ihnen als Vorleistung Haltungen und Einstellungen, die in unserer Gesellschaft oft auch nicht wirklich umgesetzt sind. Wenn aber Herr und Frau Schweizer nicht alle in der Verfassung festgehaltenen Werte und Grundsätze tatsächlich teilen, weshalb sollen dann Migrantinnen und Migranten perfekt sein? Damit ist nicht gesagt, dass die Integrationsarbeit in der Schweiz nicht für unsere Werte einsteht. Im Gegenteil. Aber wir setzen nicht auf Schuld und Strafen, sondern neben Information, Bildung und Zugang zu Institutionen auch auf Motivation, Wertschätzung und Vorleben. Dies durchaus mit gutem Erfolg.

Christof Meier

Leiter der Integrationsförderung der Stadt Zürich

